

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Ausg.

Nr. 9

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mk. 1,00 pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Voranbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln,  
den 2. März 1928.

Anzeigenpreis für die vierzeilige, Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Fachstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Bezug befinden sich Köln, Denkerwall 1. Telefonnum. West 5154. — Redaktionschluss 11 Samstag Mittag.

20. Jahrg.

## Die neuen Lohnverträge im Holzgewerbe!

Am 24. Februar lief die Erklärungsfrist ab, die den Vertragsparteien zur Stellungnahme zu dem Schiedspruch des Lohnnamts vom 10. Februar gestellt war. Unsere Kollegen haben in dieser Zeit an den einzelnen in Frage kommenden Orten und Bezirken zu dem Schiedspruch Stellung genommen. Die Entscheidung der Kollegen lautete in der Mehrzahl auf Ablehnung des Schiedspruchs, weil er nicht befriedigte, weil man in ihm keine den Zeitverhältnissen entsprechende Bewertung der Arbeitsleistung sah, wie sie im Holzgewerbe verlangt werden muß und verlangt werden kann. Dieselbe Stimmung war bei den anderen Holzarbeiterverbänden vorhanden. Aus diesen Gründen wurde der Schiedspruch vom 10. Februar von den Holzarbeiterverbänden abgelehnt. Die Arbeitgeber nahmen den Schiedspruch an. Damit war für das Holzgewerbe, das zum größten Teile an der schwebenden Lohnregulierung interessiert war, eine höchst kritische Lage entstanden. Mußte jetzt die Entscheidung durch Kampf herbeigeführt werden oder ist eine Verständigung auf anderem Wege möglich, das war die Frage, über die in beiden Lagern, bei den Arbeitgebern sowohl wie bei den Arbeitnehmern zu entscheiden war. Man darf wohl sagen, auf Grund jahrzehntelanger tarif- und lohnpolitischer Erfahrungen, nicht zu erst auch infolge der Erfahrungen aus früher geführten Kämpfen, fanden sich durch Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums die Vertragsparteien am 25. Februar wieder zu Verhandlungen zusammen, um den Versuch einer Verständigung zu machen. Die Holzarbeiter sind nun einmal keine Freunde von Zwangstarifen und daher auch keine Freunde der Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen, weil dadurch das Verantwortungsgefühl der Vertragsparteien meist ungünstig beeinflusst wird. Wo es im Wirtschaftsleben an Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit fehlt, kann von einer gesunden Entwicklung der Wirtschaftsverhältnisse keine Rede sein.

Diese Gesichtspunkte waren, das darf man wohl sagen, auf beiden Seiten mitbestimmend, als man sich am 25. Februar im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Herrn Landesgerichtsrats Heuer wieder zusammen fand und versuchte, eine regelrechte Vereinbarung zu treffen. Das ist gelungen. Wenn auch dabei keine allzu erheblichen weiteren Zugeständnisse seitens der Arbeitgeber gemacht wurden, so zeigte sich doch wenigstens der Wille zur Verständigung. Das ist in mehrin von einiger lohnpolitischer Bedeutung. Während man in anderen Berufen bei kritischen Situationen mit Zwangstarifen sich zu helfen sucht unter Hintanzetzung der eigenen Verantwortung, tritt im Holzgewerbe der Verständigungswille stärker hervor. Wir sehen in dieser Entwicklung einen Fortschritt, der es auch uns erleichterte, einer Vereinbarung zuzustimmen, die zwar nur eine bescheidene Aufbesserung der Lohnverhältnisse unserer Kollegen bringt, aber die Hoffnung auf eine zukünftige bessere Gestaltung der Lebenshaltung der Holzarbeiterschaft auskommen läßt.

So kam die neue Vereinbarung im deutschen Holzgewerbe zustande, durch welche die Ecklöhne in den einzelnen Bezirken, mit Ausnahme von Schlesien, Brandenburg, Lippe und Rassel am 1. Oktober 1928 noch um einen weiteren Pfennig erhöht werden, als der Schiedspruch vom 10. Februar es vorsah. Nachfolgend geben wir die Vereinbarung im Wortlaut wieder, um die allgemeine Übersicht zu erleichtern.

### Zentrale Vereinbarung über die Regelung der tariflichen Ecklöhne vom 25. Februar 1928.

Die am Manteltarifvertrag für das Deutsche Holzgewerbe beteiligten Vertragsparteien treffen auf Grund des Schiedspruchs des Lohnnamts vom 10. Februar 1928 folgende Vereinbarung:

#### 1. Die tariflichen Ecklöhne werden erhöht:

|                              | von      | ab        | auf      | ab        | auf      |
|------------------------------|----------|-----------|----------|-----------|----------|
| Bayern                       | 101 Xpf. | 16. 2. 28 | 107 Xpf. | 1. 10. 28 | 110 Xpf. |
| Bergisches Land              | 102 „    | 16. 2. 28 | 108 „    | 1. 10. 28 | 111 „    |
| Provinz Brandenburg          | 84 „     | 16. 2. 28 | 90 „     | 1. 10. 28 | 93 „     |
| Bremen                       | 101 „    | 16. 2. 28 | 107 „    | 1. 10. 28 | 110 „    |
| Breslau                      | 92 „     | 16. 2. 28 | 98 „     | 1. 10. 28 | 101 „    |
| Düsseldorf                   | 110 „    | 16. 2. 28 | 116 „    | 1. 10. 28 | 119 „    |
| Halle a. S.                  | 99 „     | 16. 2. 28 | 105 „    | 1. 10. 28 | 108 „    |
| Freistaat Hamburg            | 111 „    | 16. 2. 28 | 117 „    | 1. 10. 28 | 121 „    |
| Hessen                       | 110 „    | 16. 2. 28 | 116 „    | 1. 10. 28 | 119 „    |
| Rassel                       | 101 „    | 16. 2. 28 | 107 „    | 1. 10. 28 | 109 „    |
| Köln                         | 114 „    | 16. 2. 28 | 120 „    | 1. 10. 28 | 123 „    |
| Lippe                        | 91 „     | 16. 2. 28 | 97 „     | 1. 10. 28 | 99 „     |
| Mannheim-Oberrhein           | 105 „    | 16. 2. 28 | 109 „    | 1. 10. 28 | 112 „    |
| Niederrhein                  | 105 „    | 16. 2. 28 | 109 „    | 1. 10. 28 | 112 „    |
| Freistaat Sachsen            | 105 „    | 16. 2. 28 | 109 „    | 1. 10. 28 | 113 „    |
| Schlesien                    | 84 „     | 16. 2. 28 | 89 „     | 1. 10. 28 | 92 „     |
| Schleswig-Holstein           | 100 „    | 16. 2. 28 | 106 „    | 1. 10. 28 | 109 „    |
| Württemberg und Hohenzollern | 101 „    | 16. 2. 28 | 107 „    | 1. 10. 28 | 110 „    |

2. Alle bestehenden Stundenlöhne erhöhen sich um den Betrag, der sich aus der Differenz zwischen dem alten und dem neuen Durchschnittslohn ergibt. Die Akkordlöhne erhöhen sich im gleichen Prozentsatz.

3. Berufsgruppenschlüssel: § 33 Abs. c Satz 3 des Mantelvertrages erhält folgende Fassung:

„Diese Regelung gilt für die Dauer der Lohnvereinbarung vom 25. Februar 1928.“

Bei der Berechnung der bezirklichen Lohnstabellen werden Bruttoile von 0,5 Xpf. und darüber auf volle Pfennige aufgerundet. Bruttoile unter 0,5 Xpf. kommen nicht in Ansatz, jedoch mit der Aufgabe, daß die Tariflöhne ab 1. Oktober 1928 in allen Gruppen um mindestens 1 Xpf. erhöht werden. Abweichend hiervon beträgt der Tariflohn in München ab 1. Oktober 1928 1,15 RM.

Dieses Lohnabkommen gilt bis zum 15. Februar 1929. Wird es nicht von einer der beiden Parteien sechs Wochen vorher, also erstmalig am 3. Januar 1929, bis abends 6 Uhr schriftlich gekündigt, so behält es jeweils weitere sechs Wochen seine Gültigkeit.

Berlin, den 25. Februar 1928.

Arbeitgeberverband der Deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes E. V.  
gez. A. Hagenah.

Deutscher Holzarbeiterverband  
gez. Schleicher.  
Gewerkverein der Holzarbeiter Deutschlands (S. D.)  
gez. P. Volkmann.

Zentralverband christlicher Holzarbeiter  
gez. Chr. Schick.

Mit dieser Vereinbarung, die gewiß nicht überall und nicht uneingeschränkt befriedigen wird, ist für den größten Teil des deutschen Holzgewerbes für ein Jahr der wirtschaftliche Friede formell gesichert. Es muß aber immer wieder betont und hervorgehoben werden, daß diese Regelung noch nicht einer gerechten Bewertung der Arbeitsleistung im Holzgewerbe entspricht. Es soll dabei nicht bestritten werden, daß die eintretenden Lohnerböhrungen immerhin von Bedeutung sind und für die Lebenshaltung unserer Kollegen von Wert sind. Eine gebührende Anteilnahme am Ertrag der Arbeit bieten diese Erhöhungen unseren Kollegen aber noch nicht. Es wird und muß Aufgabe des Berufsstandes, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sein, auf diesem Gebiete noch ganz andere Grundlagen zu schaffen. Mit Scharfmacherei, wie sie vor allem im Metallgewerbe sich in krasser Form zeigte, läßt sich eine gesunde Produktionssteigerung nicht fördern, ebenfalls nicht mit einer an Körper und Geist ver-

kümmerten Arbeiterschaft. Arbeits- und Berufsfründe sind Faktoren, die im Wirtschaftsleben eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen. Die Holzarbeiter haben in den hinter uns liegenden schlimmen Jahren bewiesen, daß sie gewillt und in der Lage sind, ihre Arbeitskraft sowohl in bezug auf Quantität wie auch auf Qualität zur Verfügung zu stellen. Sie verlangen aber mit aller Entschiedenheit eine bessere und gerechte Bewertung ihrer Arbeitsleistung. Sie lehnen es ab, nach Indexpunkten bezw. nach dem sogenannten Bedarf entlohnt zu werden.

In diesem Sinne wollen wir uns mit der getroffenen Vereinbarung abfinden in dem Bewußtsein und mit dem Willen, am weiteren Aufstieg der Wirtschaft und unseres Volkes Anteil zu nehmen. Die noch nicht erledigte Neugestaltung der Löhne in einzelnen Bezirken und Berufsgruppen muß schnellstens vorbereitet und erledigt werden. Manches wird da noch zu tun sein, gar manches nachgeholt werden müssen. Mit echtem Gewerkschaftsgeist werden wir es schaffen.

## Mutwillige Lohnforderungen

Eine gewisse Unternehmerversoffe nennt die von uns eingeleitete Lohnbewegung „mutwillig heraufbeschworen“. Man muß schon hart gelitten sein, wenn man in dem Bestreben der Arbeiterschaft, ihre gedrückte wirtschaftliche Lage zu verbessern, auch nur ein Stückchen Mutwillen entdecken will. Mutwillen ist doch nach dem Sprachgebrauch eine Eigenschaft, die das bekannte Grantier quält, wenn es zuviel gutes Futter — Hafer — erhält. Diesen Vergleich werden sicher auch die noch so „einsichtsvollen“ Unternehmervertreter nicht anstellen wollen; denn tariflich hat die deutsche Arbeiterschaft ganz sicher keinen Grund „mutwillig“ zu sein. Ganz sicher hat auch die Holzarbeiterschaft den sogenannten Entbehrungsfaktor sehr lange und sehr stark gegen sich gelten lassen müssen. Das beweisen vor allen Dingen die Erhebung über den Gesundheitszustand der Arbeiterschaft und von Arbeiterkindern und nicht auch die in Arbeiterfamilien vorhandenen leeren Wäschechränke. Bei allen Lohnverhandlungen der Nachkriegszeit hat es das Unternehmertum meisterhaft verstanden, die Indexpfiffern zum Maßstab der Lohnhöhe zu machen. Nicht die Leistung, die doch eigentlich der Ausgangspunkt jeder gerechten Lohnbildung sein sollte, sondern der Bedarf, nach Kalorien bemessen, soll Bemessungsgrundlage für die Löhne sein. Daß dabei Arbeitslust und Leistungswille ertötet werden, ist auch dem Laien klar und trotzdem jammert dieselbe Presse über Leistungsrückgang.

Warum die Holzarbeiterschaft Lohnforderungen stellt? Um es zum wiederholten Male zu sagen: Die Bewertung der menschlichen Arbeitskraft ist bei uns in Deutschland miserabel. Der Produktionsfaktor Arbeit, der Mensch, ist vielen Unternehmern Unkostenkonto, und nur Unkostenkonto, vielleicht noch mehr als andere Unkostenfaktoren, wie etwa Schmieröl oder Arbeitsraum. Menschliche Arbeitskraft läßt sich ja so leicht ersetzen. Es sind ja viel zu viele, die die Not treibt, Arbeit um jeden Preis nehmen zu müssen, um nur vor dem Verhungern geschützt zu sein. Und weil das Unternehmertum der Weisheit letzten Schluß in niedrigen Löhnen erblickt, die ihm dazu verhelfen sollen, konkurrenzfähig zu bleiben oder die Profitrate ins Ungemessene zu steigern. Es fehlt im Unternehmertum zu sehr an neuen Ideen, zu sehr an Unternehmerrgeist, auch einmal andere Wege zu gehen, als alte, ausgefahrene Gleise sie vorzeichnen. Amerikanische Untersuchungen über die Gründe geschäftlichen Niedergangs hatten das überraschende Ergebnis, daß zum erheblichsten Teil die Unfähigkeit der Geschäftsinhaber Schuld daran trug. Der Arbeiter ist bisher ausgeschlossen von Mitbestimmung und Mitverantwortung; trotz des Betriebsrätegesetzes. Systematisch wird die Arbeiterschaft von dem Einblick in wirtschaftliche Zusammenhänge ferngehalten. In Staat und Verwaltung erübrigt sich eine stärkere Heranziehung des Arbeitererelements nach der Meinung vieler Dienststellen, weil die dummen Tröpfe ja doch nichts davon verstehen. Verächtlich spricht man von einigen Gewerkschaftssekretären und trifft damit die breite Masse, der man mit diesem Ausdruck die ganze Mächtigkeit oder gar Verachtung des Arbeiterstandes kundtut. Wie kommt es denn, daß der einfachste

Schreiber, der keine Schwielen in den Händen hat und nicht nach Schweiß riecht, auch gesellschaftlich eine ganz andere Stelle einnimmt als der Sacharbeiter, der sehr oft zur Bewältigung seines Tagespensums mehr Intelligenz und sicher mehr Körperkraft aufwenden muß, als Leute, die sich einbilden, zu Führung berufen zu sein. Der Auf nach dem Mann am Schraubstock, als der geeignete Vertreter seiner Standesgenossen, will doch letzten Endes nur alte Vorrechte privilegiierter Schichten sicherstellen. Wir betrachten als erste Voraussetzung für den gesellschaftlichen und geistigen Aufstieg eine bessere materielle Unterlage. Besitz, von dem die Mehrzahl der Arbeiter ausgeschlossen sind durch die herrschenden wirtschaftlichen Zustände, ist aber bei der geistigen Einstellung der heutigen Menschheit der Schlüssel zum Aufstieg und Achtung des Menschen geworden. Da der Erwerb von Besitz in diesem Sinne ausgeschlossen erscheint, bleibt keine andere Wahl, als in einer Steigerung des Einkommens die Lösung zu versuchen. Arbeit, menschliche Arbeit ist höchstes Wirtschaftsgut. Ohne diese bleibt der besteingerichtete Betrieb, die beste industrielle Anlage ein Torso. Aller Fortschritt der Technik, alle Errungenschaften unseres modernen Zeitalters hängen ab von der Arbeitskraft, der Arbeitsfreudigkeit, dem Leistungswillen der handarbeitenden Menschheit. Dafür das gebührende Maß von Achtung und Einflussnahme und die gebührende Wertschätzung auch in klingendem Lohn zu verlangen ist weder überheblich noch mutwillig. Wenn dieser Mutwille mit dem Hinweis auf den schlechten Stand der deutschen Wirtschaft bewiesen werden soll, dann darf daran erinnert werden, daß wir gerade drei Jahre nach der Inflation unumwiderproben in der Tagespresse lesen, daß wir z. B. bzgl. der Kapitalneubildung sehr gut vorwärts gekommen sind. Und beachtlich sind die Feststellungen eines anderen Blattes, welches in seinem Jahresrückblick richtig bemerkte, daß wo Absatz sei, auch Gewinn vermutet werden dürfe und außerdem das Verlangen unbeschneiden nennt, in einer Periode starker, aus laufenden Gewinnen bestrittener Erweiterungen und auf zu hohes Anlagekapital heute schon die „Vollrentabilität“ zu beanspruchen. Das Gerede von dem schlechten Stand der Wirtschaft war schon beliebtes Schreckmittel zu jener Zeit, die heute allgemein als glänzende Wirtschaftsepoche gerade von den Leuten gerühmt wird, die damals vor lauter Jammer zugrunde gehen wollten.

Die Arbeiterschaft ist es endlich satt, sich immer nur mit Redensarten abfertigen zu lassen. Will man Ruhe und Rücksichtnahme, dann schaffe man vor allen Dingen gerechte Anteilnahme an der Wirtschaft (parit. Handels- und Berufskammern) und gestatte der Arbeiterschaft die Einsichtnahme in wirtschaftliche Vorgänge. Auch lasse man vernünftig mit sich reden über eine gerechte Verteilung des Einkommens. Wie kann es sonst möglich sein, daß bei gewissenhaftester Einkommensverwendung am Schluß

immer wieder das Defizit im Arbeiterhaushalt grinst. Uns liegen Haushaltsbücher vor, die wirklich in ihren Auszeichnungen jede, aber auch jede unnütze Ausgabe vermissen lassen, bei der Warenqualität geringwertigste Artikel erkennen lassen und trotzdem die Beihilfe erwachsener Familienangehörigen auf der Einnahmenseite stehen, am Ende einen Fehlbetrag aufweisen. So sieht die Wirklichkeit aus!

Daß diese Zustände dringend einer Änderung bedürfen, daß hier durchgreifende Reformen notwendig sind, dürfte auch dem Nichteingeweihten klar sein. Wo soll denn Arbeitseifer und Leistungswille herkommen, wenn nicht der Erfolg, der materielle Erfolg, diesen Leistungswillen immer wieder befruchtet. Wir lehnen also die bisherige karge Zuteilung vom Ertrag der Arbeit ab und glauben, daß wirtschaftliche und gesellschaftliche Gründe unsere Handlungsweise rechtfertigen. Nicht Entlohnung nach dem Bedarf, sondern nach Leistung unter Berücksichtigung menschlicher Qualitäten fordern wir und hoffen auf Erfüllung derselben.

Also nicht politische Gründe, die mit den kommenden Wahlen in Zusammenhang stehen, haben uns zu Lohnforderungen veranlaßt. Wir wissen uns frei davon und hängen derartige Unterstellungen niedriger. Es geht um die Achtung des Menschen im Arbeiter.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß für die Zeit vom 26. Febr. — 3. März 1928 der 9. Wochenbeitrag im Jahre 1928 fällig ist.

**Erwerbslosenmarken.** Ab 1. Januar sind in unserem Verbands die Erwerbslosenmarken zu 10 Pfg. neu eingeführt. Jedes Mitglied muß diese Marken während der Zeit kleben, wo es infolge Arbeitslosigkeit oder Krankheit usw. zur Zahlung des Vollbeitrages nicht verpflichtet ist. Während bis jetzt diese Markenfelder vom Ortskassierer mit einem Vermerk und mit einem Stempel versehen wurden, werden sie jetzt vom Ortskassierer mit einer Erwerbslosenmarke beklebt. Für diese Marke muß das Mitglied 10 Pfg. entrichten.

**Teilzahlungen.** Im Interesse der Ortskassierer liegt es, wenn Beitragsgelder umgehend als Teilzahlung der Hauptkasse überwiesen werden.

### Berichte aus den Zahlstellen.

**Marktsibersk.** Zu unserer Generalversammlung waren die Kollegen fast vollständig erschienen. Aus dem Geschäfts- und Kassendicht war zu entnehmen, daß die Zahlstelle vorwärts gekommen ist. Der Kollege Messerer-Würzburg wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß das Jahr 1927 uns nach verschiedenen Seiten hin Fortschritte

gebracht hat. Manche Hindernisse und Schwierigkeiten müssen aber noch von der Arbeiterschaft überwunden werden. Wir haben zu kämpfen um die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Der Aufstieg des Arbeiterstandes wird nur von seiner Kraft abhängen. Bei diesem Kampf, den wir zu führen haben, werden wir uns nur auf unsere Selbsthilfe verlassen können. Die Kraft zur gemeinsamen Selbsthilfe werden wir auch in diesem Jahre sehr notwendig brauchen, denn wir müssen auf die Auseinandersetzungen im Kampfe um unsere Existenz stets bereit sein. Es muß vor allem die Unkenntnis der Arbeiterschaft über das Wesen und die Ziele unserer gewerkschaftlichen Berufsorganisationen beseitigt werden. Der Geist der Inflation muß nun endlich verschwinden.

Die anschließende Neuwahl der Vorstandschaft ging glatt vorwärts. Die Aussprache war sehr lebhaft. Der Vorsitzende Kollege Rammell forderte zum Schluß auf, treu zur Sache zu halten und gemeinsam zu helfen, um unsere christliche Gewerkschaftsfrage vorwärts zu entwickeln.

**Augsburg.** In der Generalversammlung erstattete Kollege Graf einen ausführlichen Bericht über das verfloßene Geschäftsjahr, aus welchem zu ersehen war, daß innerhalb der Zahlstelle ziemlich rege Tätigkeit geherrscht hatte, sowohl in der Aufklärung und Fortbildung, als auch in der Interessenvertretung der Kollegen.

Der Kassenbericht und anschließende Revisionsbericht zeigte, daß sich die Kassenführung in bester Ordnung befindet und die Kassengeschäfte auf das gewissenhafteste verwaltet werden. Der gebührende Dank wurde daher Kollegen Mayer all eits entgegengebracht.

Vorur zur Neuwahl der Vorstandschaft übergegangen wurde, dankte der 1. Vorsitzende besonders unserem uner-müdlischen Gauleiter Kollegen Kresse für die tatkräftige Unterstützung, welche er der Zahlstelle angedeihen ließ, wie auch allen Vorstandsmitgliedern und Vertrauensleuten für ihre treue Mitarbeit.

Kollege Kresse dankte allen bewährten Mitgliedern für ihre Mitarbeit im verfloßenen Geschäftsjahr und gab dem Wunsch Ausdruck, daß dieselben sich auch im Jahre 1928 zum Wohle des Verbandes und der Zahlstelle weiter betätigen möchten.

Die Neuwahl der Vorstandschaft ergab keine wesentliche Änderung mit Ausnahme des 2. Kassierers, welcher leider ausschied und an dessen Stelle Kollege Hans Danner gewählt wurde.

**Ummendorf.** Am letzten Sonntag hielten wir im Gasthaus zur Linde unsere Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Georg Merk, eröffnete die sehr gut besuchte Versammlung und hieß alle Erschienenen, vor allem auch Herrn Schultheiß Schick, aufs herzlichste willkommen. Kassierer Stefan Angele erstattete den Kassenbericht und Schriftführer Josef Prezel verlas das Protokoll, aus dem hervorging, daß in der Organisation reges Leben und Streben herrscht. Nachdem Entlastung erteilt war, schritt man zur Neuwahl. Die Wahl erfuhr im wesentlichen keine große Änderung. Der Vorsitzende erteilte dann dem Gauleiter Mehl-Freiburg das Wort zu einem Vortrag über Organisationsarbeit, sowie Alters- und Invalidenversicherung. Über den neuen Vortrag im Sägewerke betonte der Redner, daß hier in der Ortsklasseneinteilung zu einem großen Teil ganz falsch eingeteilt sei, und solle auch hierin auf dem Verbandstag eine Änderung getroffen werden. Zur Diskussion meldeten sich Raimund

## „Eshepeter“.

Von Franz Hohen.

In den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts stand im Dienst des Fürstlich Thurn und Taxischen Postmeisters zu Wiesbaden ein Postknecht mit Namen Peter Esch, nach Volksbrauch „Eshepeter“ genannt. Eshepeter war schlicht und recht und ehrenfest, wohlgekleidet in allen Dörfern und Städtchen, die er landauf, landab auf hohem Rutschbock mit seinen blanken Postpferden durchtrabte; ein Mann nach dem Herzen Gottes, der aber, wenn nötig, handfest und stämmig wie er war, auch einen Tanz mit des Teufels Großmutter nicht scheute.

Einst war ein russischer Großfürst nach Wiesbaden, damals die Residenz des Herzogtums Nassau, gekommen und in einem vornehmen Gasthof abgestiegen. Der hatte auf den folgenden Tag in der Posthalterei eine „Extrapostkutsch“ zur Fahrt nach Bad Langenscheidt für sich und seinen Adjutanten bestellen lassen. Und der Postmeister, der wußte, daß er sich auf Eshepeter verlassen konnte, hatte diesen dazu bestimmt, die großfürstliche Extrapost zu fahren. „Wo nimm dich nur zusammen, Eshepeter,“ hatte er mit bedeutungsvollem Augenwinkern gesagt, „du wirst's a gutes Trinkgeld abfehlen“

Und Eshepeter hatte getan, was er konnte. Die beiden holsteinischen Füchse, mit bunt eingeflochtenen Mähnen und dicken Nelkenkränzen am Kopfstück, glänzten wie mattes Gold, so hatte er sie gestriegelt und gebürstet. Der Wagen war gepußt, als gelte es, ein Brautpaar zur Kirche zu fahren; an der Peitsche flatterten lustig lange bunte Bänder in den nassauischen Landesfarben. Er selbst aber thronte stattlich auf dem Rutschbock im Schmuck seines orangefarbenen Galafracks mit blaßsilbernen Vorstößen und Rabatten, auf dem Kopf den frisch lackierten Postknechtshut mit hehem Federbusch, den er sonst nur am Geburtstag des Herzogs und bei anderen feierlichen Gelegenheiten tragen durfte. Und nun rollte das spiegelnde Gefährt mit seinen illustren Insassen in den schönen Sommermorgen hinein, den im Sonnenglanz blauenden Taunusbergen entgegen.

Aber zwischen Wiesbaden und Schwalbach liegt die „Hohe Wurzel“, ein sechshundert Meter hoher Berg,

über den die Straße steil hinüberführt — was Wunder, wenn Eshepeter, als er nach langem, scharfem Trab am Fuß des Berges anlangte, seine feuchtglänzenden Füchse zum Schritt verhielt, um die Höhe in gleichmäßig ruhiger Fahrt zu gewinnen? Lag der steile, harte Anstieg erst hinter ihnen, dann würden sie um so flotter nach Schwalbach hinuntertraben. Und unter den Schmetternden Klängen seines silbernen Ehrenposthorns, das ihm der Herzog für zwanzig pflichterfüllte Dienstjahre verliehen hatte und auf dem er Meister war, sollte das schmucke Gespann in das anmutig zwischen grünen Bergen gelegene Wadestädtchen gar festlich einrollen.

Aber die Vorkehrung hatte es anders beschlossen. Raum waren die ermatteten Tiere in Schritt verfallen, als der Adjutant von seinem Sitz aufsprang und Eshepeter, während er mit beiden Fäusten auf dessen breitem Rücken herumtrommelte, mit einer Stut von Worten übersprudelte, von denen dieser nur eins, das immer wiederkehrte, verstand: Pascholl! Pascholl! Aber er wußte nicht, was das auf Nassauisch bedeutete. Doch das merkte er wohl: der Russe verlangte, er solle auch den steilen Berg hinauf Trab fahren. Er schüttelte nur nachdrücklich den Kopf — mochten die großspurigen, langhaxeten Kerle, die bei der Hitze faul in den Postknechtshüten lagen, doch selbst einen kleinen Trab bis zur Höhe versuchen, dann würde ihnen schon ein Licht ausgehen! Und Eshepeter fuhr Schritt.

Nach einigen Minuten wiederholte sich der Spektakel: Der Adjutant packte ihn am Arm, deutete mit unmißverständlichem, vielversprechender Geste auf die Peitsche und schimpfte Eifer und Brand: doch Eshepeter verließ die Ruhe nicht — er fuhr Schritt.

So war die Höhe fast gewonnen, in Schlangenbad läutete es gerade Mittag, deutlich klang der Glockenruf durch den rauschenden Buchenhochwald herauf — da plötzlich krachte hinter ihm im Wagen ein Schuß! Und während Eshepeter die wildverjagten, keilenden Säule kurzfaßte und beruhigte und der schwere Pulverrauch in der feuchtschwülen Luft sich langsam verzo, war es ihm, als habe er einen harten Schlag über seinen schönen frischlackierten Postknechtshut bekommen. Bedächtig nahm er ihn ab und betrachtete ihn achtsam von allen Seiten.

Was war denn das? Der hatte ja hinten und vorn ein Loch — hatte etwa die hochfürstliche Durchlaucht ihre noch rauchende Donnerbüchse auf ihn selbst . . . ?

Ein Ruck und Zuck, die Füchse standen. Er zog die Bremse scharf an, damit der Wagen bei dem starken Gefälle nicht ins Rollen käme, und schlang die Zügel fest um den Bremsengriff, dann war er vom Bock herunter! Im nächsten Augenblick flog die großfürstliche Pistole in hohem Bogen in den Wald hinein, und ehe noch die über diese Impertinenz hochgradig indignierte Kaiserliche Hoheit sich über den ganzen Ernst der bedrohlichen Situation klar zu werden vermochte, hatte Eshepeter sie schon beim Kragen erwischt und über die Seitenwand der offenen Kalesche gezogen und verschloß mit dem umgedrehten, kurzgefaßten Peitschenstiel, an dem die nassauischen Landesfarben noch immer lustig flatterten, dem hohen Herrn das Sitzleder, daß es nur so rauchte!

Der Adjutant war, seinem Gebieter beizuspringen, mit blanker Plempe um den Wagen herumgefaßt, aber Eshepeter, als alter Soldat auch auf einen Zweifrontenkrieg eingerichtet, ließ den Feind ganz nah herankommen und versetzte ihm dann, ohne sein anderes Opfer auch nur auf Augenblicke loszulassen, mit dem klobigen, nagelgepflasterten Postknechtshutstiefel einen so ausgiebigen Tritt in die Magengrube, daß Achilleus unter Hinterlassung seines Schlachttrochters bis an den Straßengraben stöhnend zurücktaumelte, in welchem er, vorläufig völlig kampfunfähig und daher auf jede aktive Teilnahme an den weiteren Kampfhandlungen gänzlich verzichtend, verschwand. Doch konnte er immerhin aus seiner gedeckten Stellung heraus das Schlachtfeld überblicken und mit Gemütsruhe feststellen, wie sachlich, ausdauernd und gründlich Eshepeter es sich angelegen sein ließ, seiner Hoheit die tiefgehende Verschiedenheit der Auffassungen über das, was in Ruschland und was in Deutschland des Landes der Brauch ist, in einer Sprache und Ausdrucksweise klarzumachen, die unzweifelhaft die Urform aller zwischenstaatlichen Völkerverständigung darstellt und auch jenseits der Weichsel ohne die Mitwirkung hochbezahlter Dolmetscher verstanden wird.

Nach Abschluß der Diskussion lag der Gast aus Petersburg, von der Stichhaltigkeit der von Eshepeter vorgebrachten Gegengründe mehr als überzeugt,

Gähler und Herr Schultze's Schick. Zum Schluss betonte der Gauleiter, daß er jedenfalls ab 1. Mai seinen Wohnsitz von Freiburg nach Stuttgart verlegen werde, worauf der Vorsitzende die Versammlung schloß und nochmals allen Erschienenen dankte mit dem Wunsche, auch in diesem Jahre treu zur Sache zu halten und auch im neuen Jahre kräftig am Aufstieg der Organisation mitzuhelfen.

**Mainz.** Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 29. Januar 1928 statt. Vom Kollegen Eisenhauer wurde ein glänzender Geschäftsbericht vorgelesen. Ein Beweis dafür, daß von Seiten des Vorstandes unermüdet gearbeitet wird, ist unsere Kasse, unter der vorzüglichen Leitung des Kassierers Kollegen Feldmann. Anschließend an den Geschäfts- und Kassenbericht erfolgte die Vorstandswahl. Der alibewährte Vorstand wird von der Versammlung einstimmig wiedergewählt.

Kollege Heck-Frankfurt, der uns Mainzern einen Besuch abstattete, fordert vor allem die Jugend auf, die Alten in ihrer Arbeit abzulösen. Gleichfalls betont er aber auch, daß das Kartell mitzählen müsse der Jugend etwas zu bieten! Erfreulich sei der Besuch unserer Generalversammlung, dies beweiße der dichtbesetzte Saal des Bürgerhofes. Ein Bericht über die Jahresarbeit im Gau Frankfurt ließ erkennen, daß intensiv gearbeitet wurde. Man muß nur bedenken, daß im Gau Frankfurt allein Hunderte Neuaufnahmen gemacht wurden. Zum Schluss fordert Kollege Heck-Frankfurt nochmals auf zur gewerkschaftlichen Selbsthilfe. Kollege Eisenhauer dankt dem Referenten für seine Ausführungen. Er bittet alle Kollegen, das zu beherzigen, was sie gehört haben und weiter mitzuarbeiten und mitzuhelfen zum Wohle des Verbandes, zum Wohle des gesamten deutschen Vaterlandes.

**Hamburg.** Im abgelaufenen Geschäftsjahr, so entnimmt man dem Jahresbericht, fanden 8 Mitgliederversammlungen und Vorstandssitzungen statt. Die drei Zahlstellen Hamburg, Kiel und Lübeck veranstalteten in Hamburg eine gemeinsame Konferenz. Eine durchgeführte Hausagitation, an der sich auch die Bezirksleitung beteiligte, brachte eine merkliche Aufbesserung der Mitgliederzahl, die aber durch die Abwanderung anderer Kollegen wieder aufgehoben wurde. Die nicht allzu günstige Geschäftslage zwang viele Kollegen, früher als beabsichtigt, weiter zu wandern. Auch ist es nicht so ganz leicht in Hamburg als christlicher Holzarbeiter sich durchzusetzen, dazu gehört schon ein gut Teil Steifnackigkeit. Der Kassenbericht fiel zur Zufriedenheit der Kollegen aus. Die Vorstandswahl war schnell getätigt.

Kollege Jahn sprach über die Frage: Warum christliche Gewerkschaftsjugend? Er ermahnte die älteren Kollegen, den Lehrlingen ein gutes Beispiel zu geben und besorgte zu sein um die fachliche Weiterbildung des Nachwuchses. Seine Ausführungen gipfelten in dem Wunsche, daß sich die Hamburger Kollegen mehr noch als bisher der Jugend annehmen möchten. Für die weitere Werbearbeit ist in Aussicht genommen in Verbindung mit den konfessionellen Vereinen die im falschen gewerkschaftlichen Lager stehenden Vereinsmitglieder für die christlichen Gewerkschaften zu gewinnen. Es gibt noch sehr viele sich christlich nennende Arbeiter, die trotzdem ein sozialdemokratisches Mitgliedsbuch in der Tasche tragen.

Ausführungen und Anregungen fanden den Beifall der Kollegen und mit den Worten: „Der Jugend gehört die Zukunft“ fand die Versammlung ihren Abschluß.

**Kleinweiser-Hofen.** Siegfried Berkmann, als Zahlstellenvorsitzender, eröffnet unsere Generalversammlungen

mürbegeklopft und faltig wie ein leeres Schirmfuttoral in der Wagenecke. Er hatte offenbar alle Wünsche und Ansprüche über Tempo und Gangart, mit der ihn die Fürstlich Thurn und Taxische Extrapost-Halbchaise weiter befördern sollte, zu den Akten gelegt. Eschepeter aber, in gewisshafter, pflichtmäßiger Ausführung seiner Dienstvorschrift von Ultimo September 1846, nach welcher „jedes rechtzeitig und in praktikablem Zustande ausgelieferte Postpaketstück in unmittelbarer Folge mit der nächsten Dienstfuhr zu befördern ist, eventuell, und wenn unvermeidlich, unter Requirierung einer Reichaise“ — holte den heftig sich sträubenden und alle Viere gegen ihn spreizenden Adjutanten, der allerdings nicht ohne Be-rechtigung hoffen durfte, die nächste zu sein, den der dienstfreundliche Postillon ins Gebet nehmen würde, aus dem Straßengraben heraus, warf ihn wie einen Sack zu seinem Herrn in den Wagen, stieg wieder auf den Bock und lieferte seine hochgeborenen Jahrgäste nach einer halben Stunde — allerdings in nicht ganz so „praktikablem Zustand“ wie er sie am Morgen übernommen hatte, und ohne daß diese sich dazu verstanden hätten, ihn durch ein angemessenes Trinkgeld zu honorieren — in dem ihm schon vorher namhaft gemachten Gasthof in Langenschwalbach ab.

Was kommen mußte, kam. Schon anderen Tags wurde Eschepeter von seiner vorgesehten Dienstbehörde zu Protokoll vernommen; und auch beim Herzog selbst hatte der Großfürst bewegliche Klage geführt. Doch der Herzog hatte Sinn für Humor und das Herz auf dem rechten Fleck: Eschepeter mußte sich mit dem corpus delicti, dem durchlöchernten Hut, im Schloß zu Viebrich bei ihm melden und die ganze Tragikomödie mit allen Einzelheiten nochmals erzählen. Und während der Herzog sich mühsam das Vachen verbiß, ließ er sich von Eschepeter feierlich versprechen, daß „so etwas“ niemals wieder vorkommen würde! Dann reichte er ihm die Hand und diese Hand war — nicht leer, so daß der schlagfertige Postillon, wenn auch etwas verspätet, doch noch zu seinem fahnenverdienenden Trinkgeld kam.

Noch viele Jahre aber ist dann Eschepeter mit seinen blanken Füßchen unangefochten und vielbestaunt durch das schöne Nassauer Ländle kutschiert . . .

lung mit einem herzlichen Willkommen an alle Erschienenen und begrüßt unsern Gauleiter Kresse-München, welcher das Referat übernommen hatte. Die Tagesordnung wurde in allen Punkten programmäßig erledigt. Der Kassenbericht der Kollegen Möslang zeigt eine muster-gültige Buch- und Kassenführung. Gauleiter Kresse-München dankt der Vorstandskasse sowie allen Mitgliedern und gibt seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Blüte der hiesigen Zahlstelle reiche Früchte bringen möge. Kollege Camp Julius fordert in sachlicher Darlegung die tatkräftige Mithilfe resp. Mitarbeit in der Gewerkschaft. Gauleiter Kresse-München referiert sodann über die Ergebnisse der letzten Lohnverhandlungen. Es heißt das Gebot der Stunde: Starke Geschlossenheit, Einigkeit als Fundament der gesunden Gewerkschaft. Nur die lückenlose Front der Arbeiterkassen sichert die Erfüllung ihrer Wünsche. Wir müssen nun endlich die volle Tragweite der Gewerkschaftsidee erkennen, um durch eiserne Disziplin zu beweisen, was die Geschlossenheit der Masse vermag.

### Sterbefaßel.

Karl Fischer, Schreiner, 70 Jahre, Münster;  
Theodor Laufmann, Schreiner, 51 Jahre, Riefeld;  
Heinr. Schmidkamp, Schreiner, 42 Jahre, Beckum.  
Ruhet in Frieden!

## Gewerkschaftliches.

### Lohnkonflikt in der Mitteldeutschen Metallindustrie.

Die Mitteldeutschen Metallarbeiter, so wird mitgeteilt, können es nicht begreifen, daß gerade sie so stiefmütterlich in ihren Einkommen bewertet werden. Die Metallarbeiterschaft als wertvollster Produzent eines Wirtschaftszweiges, der für die Bilanz unseres Volksvermögens von ausschlaggebender Bedeutung ist, läuft Gefahr, infolge der Not ihre viel gerühmte Arbeitsfreudigkeit zu verlieren. Was würde wohl die Beamtenschaft sagen, wenn das Reich eine monatliche Gehaltsaufbesserung von 2—3 Mark, entsprechend der Lohnerhöhung von 1—2 Pfennige pro Stunde, anbieten wollte. Die wirtschaftliche und soziale Not in den Arbeiterfamilien veranlaßte die Gewerkschaften in der mitteldeutschen Metallindustrie, die Lohnfahle zum 15. Januar 1928 zu kündigen. Kündigung und neue Forderung sind in den Besprechungen der Gewerkschaftsleitungen sicherlich nicht oberflächlich behandelt worden. Dem allergrößten Teil der Firmen geht es sicher nicht schlecht. Im schroffen Gegensatz zu der Verminderung der Belegschaftszahl stehen die Reanstellungen von Direktoren und leitenden Beamten. Statisfikationen und Extrazuschüsse, weit in die Hunderttausende gehend, reden eine andere Sprache, als die der Syndizi vor dem Schlichtungsvorsitzenden. Die christlichen Metallarbeiter waren sich wohl bewußt, daß die Lohnverhandlungen sehr schwer würden, bei der heutigen Einstellung vieler Schlichtungsinstanzen, die weniger individuell als mehr nach den schon vorliegenden Entscheidungen anderer, ähnlicher Stellen ihre Schiedsprüche formen. Die Arbeitgeberverbände im Nordwesten unseres Reiches erklärten noch vor wenigen Tagen, daß sie den Kampf in der mitteldeutschen Metallindustrie als eine Machtprobe zur grundsätzlichen Festlegung höherer Löhne in der gesamten deutschen Metallindustrie betrachten.

Bevor die Arbeitgeber bestimmte Lohnforderungen kannten, riefen sie schon den Schlichtungsausschuß an. Die Taktik — schneller Schiedspruch — kurze Erklärungsfrist — Schlichter — Verbindlichkeitserklärung, sollte sicher auch in Mitteldeutschland angewandt werden. Wir haben daher in freundlicher Weise dem Schlichtungsausschuß in Halle mitgeteilt, daß wir seiner Vorladung keine Folge leisten können und beantragten Verhandlungen von Partei zu Partei. Dieselben wurden aber vom Arbeitgeberverband „als zu nichts führend“ abgelehnt. Nun wandten wir uns an die Schlichtungsausschüsse Magdeburg, Halle und Dessau, um einer individuellen Verhandlung der 3 großen Bezirke sicher zu sein. Diese Verhandlungen fanden nicht statt, weil der Schlichter von Amts wegen den Streitfall an sich zog. In der nun folgenden Verhandlung vor dem Schlichter fällt derselbe einen Schiedspruch, der die Spitzenlöhne der Sacharbeiter über 25 Jahre von 75 auf 78 Pfennig, der angelernten Arbeiter von 69 auf 72 Pfennig und der unangelernten Arbeiter von 62 auf 65 Pfennig bis zum 29. September 1928 erhöhte. Über Annahme oder Ablehnung haben dann die Gewerkschaften geheim abstimmen lassen. Mit der gewaltigen Mehrheit von 94,6 Proz. wurden die drei Pfennig Lohnerhöhung als unzureichend abgelehnt. Dieser unabweidliche Wille der Metallarbeiter ließ die Gewerkschaften dazu übergehen, am 16. Januar einzelne, wichtige Großbetriebe in Mitteldeutschland stillzulegen. Die Arbeitgeber hatten den Schiedspruch mit der Begründung, daß sie keinen Pfennig Lohnerhöhung mehr tragen können, ebenfalls abgelehnt. Sowie aber der Kampf einsetzte, nahmen sie die Ablehnung zurück und wollten die 3 Pfennige zahlen. Sie beantragten in Berlin die Verbindlichkeitserklärung. Zwei Tage nachher holte der Reichsarbeitsminister die Parteien nach Berlin, um über die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches zu verhandeln. Nachher erklärte der Herr Reichsarbeitsminister, daß er nicht in der Lage sei, den Schiedspruch für verbindlich zu erklären. Jetzt gingen die Arbeit-

geber dazu über, alle noch Arbeitenden auszusperrten bzw. zu kündigen. Rund 50 000 Metallarbeiter gerieten so in den Wirtschaftskampf. Vor ein paar Tagen beschloß dann der Arbeitgeberverband, die Unorganisierten wieder einzustellen. Jeder Eingestellte mußte einen Nevers unterzeichnen, daß er nicht organisiert ist, keinerlei Unterstützungen erhält usw. Einzelne Firmen wissen, daß sie mit den Unorganisierten allein nichts anfangen können und versuchten, organisierte tüchtige Sacharbeiter wieder in die Betriebe zu holen. Hiermit hatten sie aber wenig Glück. Ganz kurz sei das traurige Treiben der Kommunisten geschildert. Mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln erstrebten sie die Verbreiterung der Kampffront an. Ihre Versuche sind gescheitert. Zu bedauern ist die Einstellung des Stahlhelms. In Ortschaften, wo sich Stahlhelmmittglieder unserem christlichen Metallarbeiterverband angeschlossen haben, verhalten sich nach gründlichen Aussprachen die örtlichen Führerschaften streng neutral. Unorganisierte Stahlhelmmittglieder verlangen natürlich von ihren Führern Unterstützungen. Die Selben laufen durcheinander wie ein verschüchtertes Völkchen und lassen die Köpfe hängen, der Zerfall eines bedeutungslosen Grüppchens wird kaum aufzufallen sein.

Von unserem Christlichen Metallarbeiterverband sind die Ortsgruppen Magdeburg, Halle, Dessau, Chale, Cöthen, Zerbst, Stassfurt und Bernburg fast restlos im Streik bzw. ausgesperrt. Zweifellos mußten unsere Freunde große Opfer auf sich nehmen. Ein neues Schiedsverfahren hat stattgefunden. Der vom R. A. M. bestellte Unparteiische hat einen um 3 Pfg. höheren Schiedspruch gefällt, der von den Arbeitgebern und Gewerkschaften abgelehnt wurde. Daraufhin ist die Verbindlichkeitserklärung erfolgt. Damit dürfte der Arbeitsfriede bald wieder hergestellt sein und die Aufnahme der Arbeit erfolgen.

## Rundschau.

### Ein freimütiges Wort.

Lohnpolitische Betrachtungen sind nicht überall in der Welt von so engherzigen Gesichtspunkten beeinflusst wie in unserem schönen Vaterlande. Jenseits unserer Landesgrenzen hat man schon etwas früher erkannt, daß eine gut entlohnte Arbeiterschaft eine ausschlaggebende Bedeutung für den Innenmarkt hat. Bei uns ist der Index für die Bemessung des Lohnes Scheinbar die einzig mögliche Richtlinie. Trotzdem behandeln die Verfechter dieser Anschauung mit Eifer den Gedanken, daß nur die Amerikanisierung unseres Lebens des Vaterlandes Heil bedeute. Mit welchem Freimut drüber aber das Lohnproblem behandelt wird, darüber schweigt des Sängers Höflichkeit. Daß dort selbst höchste Regierungsstellen kein Blatt vor den Mund nehmen, sollte der deutschen Arbeiterschaft aber auch nicht vorenthalten werden. Darum entnehmen wir dem Jahresbericht des amerikanischen Staatssekretärs Davis, der etwa die Stellung eines Arbeitsministers bekleidet, folgende bemerkenswerten Stellen:

„Lohnherabsetzungen bedeuten schlechte Geschäfts- und Wirtschaftspolitik, gleichviel ob es sich um allgemeine Lohnherabsetzungen oder Lohnkürzungen in einer gegebenen Industrie handelt. Oft wird gesagt, daß die Löhne herabgesetzt werden müssen, wenn wir den Verkauf unserer Güter auf fremden Märkten steigern wollen. Die Antwort lautet, daß wir bei solchen Lohnreduktionen unseren gewinnbringenden Innenmarkt um vieles mehr schwächen, als wir die viel unsicheren Gewinne durch Verkauf auf fremden Märkten erhöhen. Die Erfahrung hat selbst dem oberflächlichsten Beobachter die Falschheit zahlreicher der schlechten Wirtschaftspraktiken der Vergangenheit offenbart. Die Politik der niedrigen Löhne ist ein jämmerlichster Zusammenbruch. Selbst ein Dummkopf muß den Wahnsinn der Cötung der Kaufkraft des größten Käufers, des Arbeiters, auf dem Innenmarkt einsehen, der keineswegs einen nur geringen Teil unseres nationalen Reichtums und unserer nationalen Wohlfahrt ausmacht. Keine Gegend des Landes, wo niedrige Löhne üblich sind, ist so wohlhabend, wie jene Gebiete, wo hohe Löhne gezahlt werden. Der Unternehmer, der die Löhne herabsetzt, sei es aus egoistischen Gründen oder weil er denkt, es sei eine gute Geschäftspraxis, ist kein guter Geschäftsman und arbeitet gegen sich selber. Es mag ihm während einer gewissen Zeit gelingen, einen niedrigeren Lohn zu zahlen, als für den Lebensunterhalt des Arbeiters nötig ist, er ladet damit jedoch lediglich der Allgemeinheit als Ganzes die Last auf, in Form unbezahlter Rechnungen für Lebensmittel und Kleidungsstücke den Lohn zu tragen, den er selber zahlen sollte. Um es offen zu sagen, er begeht damit einen Diebstahl an der Allgemeinheit. Dies gilt für die Industrie als Ganzes und für den einzelnen Unternehmer. Die Zeiten sind vorbei, wo irgendein Unternehmer als tüchtig oder schlau betrachtet wurde, der die Lohnsätze zu drücken versuchte. Ein solcher Unternehmer ist nicht ein tüchtiger Geschäftsman, sondern ein Parasit an der Allgemeinheit. Die öffentliche Meinung wird ihn zwingen

müssen, einen anständigen Lohn zu zahlen oder aus dem Geschäftsleben auszuschneiden."

Der Verfasser darf sicher froh sein, daß er nicht in Deutschland lebt, Proteste und Demonstrationen würden sonst gar bald seinem politischen Leben ein unrühmliches Ende bereiten.

Die Zusammensetzung der Studierenden an deutschen Hochschulen. Nach der amtlichen preussischen Hochschulstatistik studierten im Winterhalbjahr 1926/27 auf den 12 Universitäten Preußens 30 004 Studenten und 4344 Studentinnen deutscher Staatsangehörigkeit.

Diese Zeilen rücken erst in das volle Licht der Statistik, wenn man die Verhältniszahlen der Bevölkerungsgruppen danebensetzt. Von den 62 411 000 Einwohnern Deutschlands sind 32 Millionen — 51,3 v. H. erwerbstätig.

Da eine Statistik nur von den preussischen Hochschulen vorhanden ist, können wir auch nur diese zum Vergleich heranziehen. Es ließen also an preussischen Hochschulen studieren: etwa 2,5 Millionen Beamte 16 006 Söhne und Töchter; etwa 2,9 Millionen Handel- und Gewerbetreibende 8821 Söhne und Töchter; etwa 3,8 Millionen Privatangestellte 3994 Söhne und Töchter; etwa 2,2 Millionen Landwirte 2274 Söhne und Töchter; etwa 16,7 Millionen Arbeiter 577 Söhne und Töchter; etwa 0,1 Millionen Militärpersonen 314 Söhne und Töchter.

Das heißt, es entsenden je einen Studierenden 156 Beamte, 329 Handel- und Gewerbetreibende, 946 Privatangestellte, 968 Landwirte, 29 123 Arbeiter, 192 Militärpersonen. „Freie Bahn dem Tüchtigen.“ Sind die Arbeiterkinder wirklich so unfähig?

im Reich in Lohnkämpfe verwickelt ist, in die die beiden noch ausstehenden Lohngebiete Rheinland und Westfalen bald einbezogen werden dürften, ist eine gewisse Zurückhaltung der Aussteller bezgl. der Preisstellung und der Käufer bezgl. der Aufgabe von Bestellungen erklärlich. Die Zurückhaltung der Aussteller in der Beurteilung des Geschäftes war geradezu auffällig. Wohl auch deshalb, weil man sich diesmal noch dichter gegen die Außenwelt, die sogenannten „Sehleute“ abgeschlossen hatte wie früher, hielt man es für angebracht, vom Geschäftsgang gar nicht oder möglichst wenig zu sprechen.

Bei der Materialverwendung sieht man viele ausländische Holzarten verwandt, wodurch gute deutsche Holzarten leider zu oft in den Hintergrund gedrängt werden. Ob die Verwendung des Schleiflacks die vielleicht verwandte geringe Holzqualität verdecken soll, ist bei der Besichtigung nicht ganz klar geworden.

Die Zahl der Möbelfabrikanten scheint größer geworden zu sein, wenn man die Zahl der Aussteller hier und dort, gegenüber früheren Messen, betrachtet. Sicher aber haben die Möbelgeschäfte eine Zunahme erfahren, wie ein Blick in die Geschäftsviertel der Städte und die Besucherzahl der Messe lehrt. In den Zahlungszielen kommt man seitens der Fabrikanten nicht ganz so weit mehr entgegen und scheint damit wieder eine realere Basis des Möbelgeschäftes vorzubereiten zu wollen.

### Aus dem gewerblichen Leben.

#### Möbel-Messe Köln.

Man mag so seine eigenen Gedanken haben, wenn man mit kritischen Blicken die Entwicklung unseres Messe- und Ausstellungswezens als veränderte Form der Kundenwerbung wertet. Der Weg vom biederem Handwerksmeister, der den eigensten Angaben des Bestellers Sinn und Form zu geben wußte und voller Stolz auf seine Leistung war, bis zur heutigen Massenfabrikation, die die Ware der Schau- und kaufslustigen Menge wie Apfel zum Ausstechen vorlegt, ist ein Spiegelbild der gewaltigen Entwicklung, die wir auf industriellem Gebiet durchgemacht haben.

### Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.

#### Betriebsrätegesetz und Polizeibehörde.

Wenn in den Berichten der Preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1926 wiederholt darauf verwiesen wird, daß die Arbeitnehmer nur mangelhaft Interesse für ihre Betriebsvertretung und für das Betriebsrätegesetz bekunden, dann liegen die Ursachen dieser mangelnden Interessiertheit öfter als man glaubt in dem Verhalten und der Einstellung des jeweiligen Arbeitgebers.

Interessant ist darum die Mitteilung, daß die Polizeibehörde, erstmalig der Polizeipräsident von Berlin, unter Berufung auf Artikel 14 der Reichsverfassung und § 132 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung von 1883 unter Androhung einer erheblichen

Selbststrafe (500.— Mk.) die Bestellung eines Wahlvorstandes in einer bestimmten Frist fordert. Auf die Beschwerde des Betroffenen hat der Preussische Minister für Handel und Gewerbe einen abweisenden Bescheid erteilt und diesen als Runderlaß seinen nachgeordneten Behörden übermittelt. In seinem wesentlichsten Teil lautet derselbe wie folgt:

Ihre Beschwerde richtet sich dagegen, daß als Rechtsgrundlage für die Anordnung der Artikel 14 der Reichsverfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 (RG. Bl. S. 1383) herangezogen worden ist. Es wird von ihnen der Einwand erhoben, im vorliegenden Falle gewähre der Artikel 14 der Reichsverfassung dem Herrn Polizeipräsidenten keine Ermächtigung zu der Anordnung, weil die in Betracht kommenden Bestimmungen bereits in den §§ 95 ff., insbesondere in § 99 des Betriebsrätegesetzes enthalten seien.

Gemäß Artikel 14 der Reichsverfassung werden die Reichsgesetze durch die Landesbehörden ausgeführt, soweit nicht die Reichsgesetze etwas anderes bestimmen. Da ein abweichendes Reichsgesetz nicht besteht und auch besondere Ausführungsbestimmungen des Reiches auf Grund des § 101 B. R. G. nicht ergangen sind, haben die nach der allgemeinen Verwaltungsorganisation der Länder für Angelegenheiten des Betriebsrätegesetzes zuständigen Landesbehörden (Landesverwaltungsbehörden) für Berlin: der Polizeipräsident, die Ausführung dieses Gesetzes zu überwachen und gegebenenfalls mit den gesetzlichen Zwangsmitteln auch durchzusetzen, daß der zwingenden Bestimmung des § 1 des B. R. G. Geltung verschafft wird.

Da im Einspruchsverfahren gegen Kündigung und Entlassung der Erfolg dieses Verfahrens an das Vorhandensein einer Betriebsvertretung geknüpft ist, ist bei Fehlen einer anderen Möglichkeit das Eingreifen der Polizeibehörde ein Mittel, einem aus Absicht oder Bosheit verursachten ungesetzlichen Zustand ein Ende zu bereiten. Nicht nur in Preußen, sondern allenthalben finden sich wohl im Landesrecht der einzelnen deutschen Länder Bestimmungen, die die rechtliche Unterlage für ein entsprechendes Vorgehen der Polizeibehörde bieten können.

### Literarisches.

Die deutsche Reichsversicherungsgesetzgebung. So betitelt sich ein handliches Heftchen, von J. Mündt herausgegeben, welches in sehr übersichtlicher Weise durch Frage und Antwort überraschend schnell in den wesentlichen Kern der einzelnen Versicherungszweige einführt. Zur Belehrung und besonders auch als Unterlage für Unterrichtskurse ist die Schrift ein vorzügliches Mittel. Besonders zur Benutzung bei letzteren ist sie sehr zu empfehlen, da sie der Behandlung der einzelnen Versicherungsarten eine Aufgabenreihe anschließt, die sehr geschickt den Fortschritt der Kursisten an Beispielen nachweisen läßt.

#### Bücher und Schriften

Leztert der christliche Gewerkschafter durch die Buchhandlung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands

Deutsche Volksbank, e. Gen., Postfach Nr. 1.4.

### Deutscher Versicherungs-Konzern

Deutsche Lebensversicherung-Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft.  
 Deutsche Feuerversicherung A.-G.  
 Berlin-Schöneberg (Post Friedenau), Hähne Str 15a

Das sind die Vertragsgesellschaften für unsere Mitglieder und deren Angehörige. Versicherungen unbedingt wertvoll. Vor jedem Abschluß einer Versicherung wende man sich an unsere Verbandsbeamten oder die Geschäftsstellen der Gesellschaften in allen größeren Orten.

Mitarbeiter haupt- und nebenamtlich gesucht.

### Max Walther

Werkzeugfabrik  
 Dresden = A 22

Fernsprecher 51767  
 Postcheck-Konto: Dresden Nr. 3942  
 Postcheck-Konto: Leipzig Nr. 34827  
 Bank-Konto Stadtbank Dresden  
 Kassenstell. Pleßchen

Waggonladungen Dresden-Neustadt  
 Ladestelle Pleßchen  
 Gütergut Dresden-Neustadt